



## **Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**

Abgeordneter Jan Wenzel Schmidt (AfD)

### **Anfrage zu den Auswirkungen der Negativzinsphase**

Kleine Anfrage - KA 7/334

#### **Vorbemerkung des Fragestellenden:**

Bereits seit geraumer Zeit müssen Sparkassen und Volksbanken für Einlagen, die nicht wieder in Krediten ausgereicht oder zu vertretbarem Risiko am Kapitalmarkt investiert werden können, bei der EZB Negativzinsen zahlen. Eine Trendwende ist mittelfristig nicht in Sicht. Nun beginnen die ersten Kreditinstitute diese erheblichen Belastungen weiterzugeben. Dem Handelsblatt vom 13. Oktober 2016 ist zu entnehmen, dass als erstes Kreditinstitut im Land Sachsen-Anhalt die Volksbank Stendal e. G., von ihren Kunden, die Tagesgelder der Bank anvertraut haben, Negativzinsen bzw. ein „Verwarentgelt“ in Höhe von -0,4 % verlangt. Zunächst sollen davon nur Guthaben ab einer Höhe von 100.00 Euro betroffen sein, wodurch aber bereits eine Reihe erfolgreicher Mittelständler tangiert sein dürften. Eine Ausdehnung auf geringere Guthaben ist nicht ausgeschlossen. Die Signalwirkung dieses Vorstoßes auf die Konditionspolitik anderer Kreditinstitute in Sachsen-Anhalt für die Negativverzinsung von Sichteinlagen (bzw. die Berechnung von Verwarentgelten) ist erheblich.

#### **Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium der Finanzen**

- 1. In welchem Umfang bestehen gegenwärtig (oder zum aus den Statistiken zuletzt verfügbaren Zeitpunkt) insgesamt täglich fällige Guthaben (z. B. Sichteinlagen, Tagesgeld- oder Geldmarktkonten) von Kreditinstituten mit Sitz in Sachsen-Anhalt (insbesondere Sparkassen, Volksbanken)?**

Zur Beantwortung dieser Frage wird auf die Statistik der Deutschen Bundesbank, Bankstatistische Regionalergebnisse Sachsen-Anhalt, September 2016, die als Anlage beigefügt ist, verwiesen.

*Hinweis: Die Anlage ist als Objekt beigefügt und öffnet durch Doppelklick im Netz den Acrobat Reader.*

(Ausgegeben am 25.11.2016)

2. **Welche finanziellen Belastungen würden sich p. a. insgesamt für Kunden von Kreditinstituten mit Sitz in Sachsen-Anhalt ergeben, falls dem Beispiel der Volksbank Stendal folgend die Sparkassen und Volksbanken flächendeckend Negativzinsen bzw. Verwahrentgelte in vergleichbarer Höhe bzw. ab einem Betrag von 1.000 Euro für Sichteinlagen berechnen würden?**

Die zur Berechnung notwendige differenzierte Datenbasis liegt der Landesregierung nicht vor und lässt sich auch aus der Statistik der Deutschen Bundesbank nicht herleiten.

3. **Wie beurteilt die Landesregierung die Auswirkungen auf den Kaufkraftverlust für die einheimische Bevölkerung und die für Investitionen verfügbaren Mittel des Mittelstands bei Einführung der in Frage 2 thematisierten Negativverzinsung?**

Bei einer ausgewogenen Analyse der Negativverzinsung der Europäischen Zentralbank muss berücksichtigt werden, dass die Bevölkerung nicht nur Sparer sind, sondern auch Kreditnehmer, Arbeitnehmer, Steuerzahler und Unternehmer und aus dieser Perspektive die niedrigen Zinsen auch positive Aspekte aufweisen. Insofern ist es schwierig, die gegenwärtige Zinsentwicklung in ihrer Auswirkung auf die Kaufkraft einzuschätzen. Die hierzu notwendige Datenbasis liegt der Landesregierung nicht vor.

4. **Wenn die Sparkassen und Volksbanken statt der Weiterberechnung an die Kunden (vgl. Fragen 2, 3) die bereits seit längerem belastenden Negativzinsen der EZB weiterhin nicht weitergeben, wird dies mittelfristig erheblich die Ertragslage der Institute belasten; welche finanziellen Auswirkungen werden sich bezogen auf die nächsten drei Jahre bei Anhalten der Negativzinssituation durch die erhöhten Aufwendungen der Kreditinstitute und insoweit bei statischer Betrachtung verminderten Jahresüberschüssen für die öffentlichen Haushalte im Land Sachsen-Anhalt ergeben (z. B. verminderte Körperschafts- und Gewerbesteuererinnahmen, Ausschüttungen, Stellenstreichungen zum Auffangen der erhöhten Zinsaufwendungen und damit Verluste bei den Einnahmen aus der Einkommenssteuer bzw. Zahlung von Transferleistungen)?**

Hierzu liegen der Landesregierung keine konkreten Erkenntnisse vor. Die niedrigen Zinsen dämpfen jedoch die Zinslasten sowie den weiteren Anstieg der Schuldenquoten und haben damit die Zinslasten der öffentlichen Hand spürbar reduziert, was für sich genommen fiskalische Spielräume geschaffen hat. Zudem stärken niedrige Zinsen die Wirtschaft, was die Steuereinnahmen und damit die Primärsalden der öffentlichen Haushalte erhöht. Die niedrigen Zinsen belasten zwar die Kreditinstitute deutlich. Die meisten Institute sind jedoch angesichts des vorhandenen Überschusskapitals und verfügbarer stiller Reserven widerstandsfähig gegenüber den Belastungen aus dem Niedrigzinsumfeld.

Hinsichtlich der fiskalischen Auswirkungen lassen sich damit zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine negativen Folgen der Niedrigzinspolitik ausmachen. So erwartet der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ in seiner aktuellen Prognose - ge-

stützt auf eine unverändert günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sowie robuste Inlandsnachfrage und hohe Beschäftigung - eine stetige Entwicklung des Steueraufkommens in diesem und in den nächsten Jahren. Davon profitieren Unternehmen und private Haushalte durch steigende Einkommen und Gewinne und damit auch Bund, Länder und Gemeinden durch entsprechende Steuereinnahmen. Dies gilt insbesondere auch für die Kommunen.

5. **Welche Vorhaben der Landesregierung stehen auf dem Prüfstand bzw. werden nicht umgesetzt, wenn durch Nichtweitergabe von EZB-Negativzinsen die Jahresüberschüsse der Kreditinstitute mit Sitz im Land Sachsen-Anhalt sinken und daraus verminderte Einnahmen im Landeshaushalt zu verzeichnen sind?**

Die Landesregierung sieht zurzeit keine Notwendigkeit, Vorhaben aufgrund der Negativzinsphase auf den Prüfstand zu stellen bzw. nicht umzusetzen.

6. **Wie schätzt die Landesregierung die Finanzstabilität der Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden im Land Sachsen-Anhalt ein, wenn durch verminderte Steuereinnahmen, resultierend aus der Negativzinsproblematik (vgl. Fragen 4, 5, 6), die kommunal verfügbaren Finanzmittel deutlich zurückgehen und welche Maßnahmen sind diesbezüglich geplant?**

Es ist bisher nicht erkennbar, dass durch die Negativzinsproblematik die kommunal verfügbaren Finanzmittel deutlich zurückgehen. Es wird auf die Antwort zur Frage 4 verwiesen.

7. **Welcher Art und Weise setzt sich die Landesregierung durch ihre Vertretungen beim Bund und bei der Europäischen Union dafür ein, die Negativzinspolitik der EZB bzw. die diese auslösenden politischen Entscheidungen zu korrigieren zugunsten der Kreditinstitute und damit der Menschen sowie des Mittelstandes im Land Sachsen-Anhalt bzw. in der Bundesrepublik Deutschland?**

Mit dem Ziel, ihre Hauptaufgabe, die Gewährleistung der Preisniveaustabilität, durchführen zu können, wurde der Europäischen Zentralbank Unabhängigkeit von politischen und anderen Einflüssen zugesichert. Das bedeutet, dass die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken keine Weisungen aus der Politik erhalten dürfen.

8. **Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um die Kreditinstitute im Land Sachsen-Anhalt vor drohenden Schieflagen resultierend aus der anhaltenden Negativzinssituation, die unweigerlich mit negativen Auswirkungen auf die Einleger, den Mittelstand und die Versorgung mit kreditwirtschaftlichen Leistungen in den Kommunen verbunden wären, zu bewahren?**

Die Landesregierung kann gegen Schieflagen von Kreditinstituten keine Maßnahmen unternehmen. Die Zuständigkeit hierfür liegt bei der Europäischen Zentralbank bzw. der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

9. **In welchem Umfang wird sich das Filialnetz der Kreditinstitute mit Sitz in Sachsen-Anhalt in den nächsten drei Jahren verändern, wenn durch die anhaltende Negativzinspolitik der EZB die Sparkassen und Volksbanken gezwungen werden, drastisch Kosten einzusparen, sofern sie die Kosten nicht an die Einleger weitergeben oder weitergeben können?**

Hierzu liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor. Insgesamt ist jedoch davon auszugehen, dass das Filialnetz der Sparkassen und Volksbanken sich aufgrund der demografischen Entwicklung, der fortschreitenden Automatisierung im Bankbereich, des Kostendrucks und des Nutzungsverhaltens der Bürger hin zum Onlinebanking reduzieren wird.

## 7. Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs) nach Bankengruppen \*)

Mio €

Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									
insgesamt	Sicht- einlagen 1)	Termineinlagen 2) 3)			Sparbriefe 4)	Spareinlagen			Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)
		zusammen	bis 2 Jahre einschl.	von über 2 Jahren 3)			mit Kündigungsfrist von		
							3 Monaten	über 3 Monaten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Alle Bankengruppen									
33 493	17 421	1 972	1 482	490	1 181	12 919	11 593	1 326	525
34 408	18 610	1 735	1 289	446	1 129	12 934	11 910	1 024	588
32 848	16 654	2 206	1 736	470	1 150	12 838	11 451	1 387	524
33 493	17 421	1 972	1 482	490	1 181	12 919	11 593	1 326	525
33 170	17 062	1 944	1 475	469	1 245	12 919	11 650	1 269	526
33 512	17 625	1 818	1 358	460	1 184	12 885	11 710	1 175	520
33 857	18 048	1 787	1 353	434	1 165	12 857	11 756	1 101	526
34 408	18 610	1 735	1 289	446	1 129	12 934	11 910	1 024	588
34 378	18 507	1 808	1 364	444	1 115	12 948	11 972	976	585
34 982	18 931	2 061	1 477	584	1 082	12 908	11 969	939	585
Kreditbanken									
8 424	4 886	1 154	931	223	353	2 031	1 731	300	–
8 781	5 369	987	779	208	505	1 920	1 736	184	–
8 338	4 670	1 367	1 141	226	280	2 021	1 724	297	–
8 424	4 886	1 154	931	223	353	2 031	1 731	300	–
8 230	4 703	1 059	847	212	456	2 012	1 734	278	–
8 385	4 880	1 039	832	207	497	1 969	1 727	242	–
8 563	5 129	999	827	172	505	1 930	1 722	208	–
8 781	5 369	987	779	208	505	1 920	1 736	184	–
8 695	5 389	872	660	212	534	1 900	1 734	166	–
8 839	5 452	967	616	351	544	1 876	1 719	157	–
Großbanken									
4 858	2 981	435	363	72	25	1 417	1 404	13	–
5 131	3 173	569	502	67	21	1 368	1 359	9	–
4 787	2 830	511	435	76	27	1 419	1 406	13	–
4 858	2 981	435	363	72	25	1 417	1 404	13	–
4 694	2 757	508	439	69	22	1 407	1 396	11	–
4 823	2 849	563	495	68	21	1 390	1 380	10	–
4 962	2 999	570	503	67	21	1 372	1 363	9	–
5 131	3 173	569	502	67	21	1 368	1 359	9	–
4 978	3 137	465	398	67	21	1 355	1 347	8	–
5 162	3 231	573	364	209	20	1 338	1 330	8	–
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken									
3 566	1 905	719	568	151	328	614	327	287	–
3 650	2 196	418	277	141	484	552	377	175	–
3 551	1 840	856	706	150	253	602	318	284	–
3 566	1 905	719	568	151	328	614	327	287	–
3 536	1 946	551	408	143	434	605	338	267	–
3 562	2 031	476	337	139	476	579	347	232	–
3 601	2 130	429	324	105	484	558	359	199	–
3 650	2 196	418	277	141	484	552	377	175	–
3 717	2 252	407	262	145	513	545	387	158	–
3 677	2 221	394	252	142	524	538	389	149	–

\* Ohne Einlagen aus Treuhandkrediten und ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds. – Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten (in Position „Termineinlagen“ bzw. „Sparbriefe“ enthalten). 1 Täglich fällige Verbindlichkeiten. 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen (ohne

Sparbriefe). 3 Einschl. Bauspareinlagen. 4 Ohne Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. Namenssparschuldverschreibungen. 5 Nicht in die Einlagen einbezogen.

Monatsbericht Tab. IV,7; Beiheft, Tab.I, 13a, 13b und 17.

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs) nach Bankengruppen <sup>\*)</sup>

Mio €

Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									
insgesamt	Sicht- einlagen 1)	Termineinlagen 2) 3)			Sparbriefe 4)	Spareinlagen			Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)
		zusammen	bis 2 Jahre einschl.	von über 2 Jahren 3)		zusammen	mit Kündigungsfrist von		
							3 Monaten	über 3 Monaten	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Sparkassen									
18 641	8 476	250	247	3	663	9 252	8 280	972	–
19 286	9 178	256	255	1	484	9 368	8 577	791	–
18 280	8 127	269	267	2	695	9 189	8 182	1 007	–
18 641	8 476	250	247	3	663	9 252	8 280	972	–
18 603	8 451	244	245	– 1	630	9 278	8 356	922	–
18 776	8 725	231	230	1	535	9 285	8 413	872	–
18 937	8 864	260	259	1	513	9 300	8 461	839	–
19 286	9 178	256	255	1	484	9 368	8 577	791	–
19 287	9 189	251	250	1	450	9 397	8 632	765	–
19 506	9 488	217	215	2	415	9 386	8 649	737	–
Kreditgenossenschaften									
5 666	3 555	312	272	40	165	1 634	1 580	54	–
5 780	3 740	257	218	39	140	1 643	1 594	49	–
5 485	3 364	321	280	41	175	1 625	1 542	83	–
5 666	3 555	312	272	40	165	1 634	1 580	54	–
5 543	3 454	303	263	40	159	1 627	1 558	69	–
5 615	3 565	269	232	37	152	1 629	1 568	61	–
5 678	3 656	250	216	34	147	1 625	1 571	54	–
5 780	3 740	257	218	39	140	1 643	1 594	49	–
5 721	3 672	267	232	35	131	1 651	1 606	45	–
5 754	3 725	260	223	37	123	1 646	1 601	45	–
Sonstige Banken (MFIs)									
762	504	256	32	224	–	2	2	–	525
561	323	235	37	198	–	3	3	–	588
745	493	249	48	201	–	3	3	–	524
762	504	256	32	224	–	2	2	–	525
794	454	338	120	218	–	2	2	–	526
736	455	279	64	215	–	2	2	–	520
679	399	278	51	227	–	2	2	–	526
561	323	235	37	198	–	3	3	–	588
675	257	418	222	196	–	–	–	–	585
883	266	617	423	194	–	–	–	–	585

\* Ohne Einlagen aus Treuhandkrediten und ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds. – Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten (in Position „Termineinlagen“ bzw. „Sparbriefe“ enthalten). 1 Täglich fällige Verbindlichkeiten. 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen (ohne

Monatsbericht Tab. IV,7; Beiheft, Tab.I, 13a, 13b und 17.

Sparbriefe). 3 Einschl. Bauspareinlagen. 4 Ohne Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. Namenssparschuldverschreibungen. 5 Nicht in die Einlagen einbezogen.